

Antrag der Fraktion der FDP

Digitale Möglichkeiten für Beratungs- und Hilfsangebote ausweiten – Menschen vor häuslicher und sexueller Gewalt in der Krise und danach noch besser schützen!

Die eingesetzten Maßnahmen, um die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen, führen laut Bundespsychotherapeutenkammer in der aktuellen Krisensituation deutlich häufiger zu Konflikten innerhalb der Familie.

Experten warnen eindringlich vor einem Anstieg häuslicher sexueller und gewaltsamer Übergriffe bei Kindern und Erwachsenen und sorgen sich weiterhin darum, dass sich Betroffene durch das momentan vorherrschende Klima von Angst und Verunsicherung dazu verleiten lassen, in den bekannten Situationen zu verharren, statt sich gerade jetzt Unsicherheiten auszusetzen.

Darüber hinaus weist der Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe – Frauen gegen Gewalt e. V. darauf hin, dass der gewalttätige Partner aufgrund der aktuellen Situation weniger die Wohnung verlässt als sonst, was es für Opfer fast unmöglich macht, Hilfe zu suchen und Beratungsstellen anzurufen.

Auch Kinder sind von der aktuellen Situation besonders betroffen. Gerade Vorfälle unter ihrer Beteiligung werden in sozialen Notlagen und Krisen nicht selten von Kinderbetreuungseinrichtungen und durch die Schule gemeldet. Dieser Meldeweg fehlt momentan gänzlich und kann nicht mehr bedient werden. So geht es auch aus dem Kurzbericht „SARS COV-2“ des Lagebildes des Landes Bremen vom 16. April 2020 - 9:00 Uhr unter Punkt 5.1.2. hervor.

Deshalb fordern unter anderem Kinderschutzorganisationen mehr Unterstützung auf digitalen Plattformen und in den sozialen Medien, um Kindern und Familien über bestehende Hilfsprogramme und Organisationen aufzuklären. Sofern den Betroffenen keine sichere Gelegenheit für eine telefonische Beratung zur Verfügung steht, sollte ihnen wenigstens die Möglichkeit eines Online-Chats zur Beratung und Hilfe geboten werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. Eine Strategie und ein Konzept für die Ausweitung der digitalen Hilfs- und Beratungsangebote unter Mitberatung der ZGF, der Jugendhilfe und dem Opferschutzbeauftragten der Bremer Polizei zu erarbeiten.
2. Sicherzustellen, dass entsprechende digitalen Angebote in Zukunft auch in Form einer Chatseelsorge und -beratung angeboten werden können, und damit die Zusammenarbeit mit der Innenbehörde/Polizei optimiert wird.
3. Sicherzustellen, dass entsprechende Haushaltsmittel eingeplant werden.
4. Dem Ausschuss für die Gleichstellung der Frau alle vier Wochen über den Umsetzungsstand zu berichten.

5. Dem Landesjugendhilfeausschuss und der Deputation für Inneres binnen sechs Wochen nach Beschlussfassung über den Umsetzungsstand zu berichten.

Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und die
Fraktion der FDP